PROTOKOLL

*über die 6. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,
den 15. Mai 1962, im Rathaus, I. Stock, rückwärts, Gemeinderatssitzungssaal.*

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER:

Direktor Hans Schanovsky

Josef Hochmayr

STADTRÄTE:

Alfred Baumann

Alois Besendorfer

Franz Enge

Alois Huemer

Ludwig Kubanek

Leopld Petermair

Prof. Stefan Radinger

Emil Schachinger

GEMEINDERÄTE:

Johann Ebmer

Karl Feuerhuber

Franz Frühaufer

Rudolf Fürst

Karl Gherbetz

Johann Heigl

Anton Hochgatterer

Franz Hofer

Walter Kienesberger

Konrad Kinzelhofer

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Ottile Liebl

August Moser

Stefanie Pammer

Johann Radmoser

Ing. Johann Schinko

Franz Schmidberger

Susanne Tschebaus

Kommerzialrat Ludwig Wabitsch

Rudolf Wagner

Alfred Watzenböck

Leopld Wippersberger

Johann Zöchling

VOM AMTE:

Mag. Direktor Dr. Karl Enzelmüller

PROTOKOLLFÜHRER:

VOK Alfred Eckl

VB Ilse Schausberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

- Präs-164/62 a) Angelobung eines Gemeinderates
 b) Wahl eines Stadtrates

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HANS SCHA- NOVSKY:

- 1) ÖAG-2041/1962 Ankauf des Resthofes von Frau Helene Zelleissen
- 2) Gem-X-1344/1962 Neuerliche Änderung der Lustbarkeitsabgabeordnung
- 3) Präs-142/1962 Gewährung von Subventionen an die Personalvertre-
 Präs-143/1962 tung

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER JOSEF HOCH- MAYR:

- 4) Zl. 6236/1952 Wiederaufbau des Objektes Wokralstraße 7 - Vorfi-
 nanzierung
- 5) GHJ 2-5170/1961 Garagenanbau beim Feuerwehrdepot Sierninger Stra-
 ße 53 - Vergabe der restlichen Arbeiten

BERICHTERSTATTER STADTRAT FRANZ ENGE:

- 6) ÖAG-3217/1956 Übereinkommen mit dem ARBÖ betr. Regelung der
 Ersatzansprüche aus dem Erwerb der Rennbahngrün-
 de durch die Stadtgemeinde

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

- 7) Bau 6-2412/1962 Kanalisierung Steinfeldstraße II/1 - 5
- 8) Bau 5-2492/1961 Joachim und Maria Delfauro - Erteilung einer Aus-
 nahmegenehmigung nach Art. XI BON 1946 zur Er-
 richtung eines Einfamilienhauses

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

- 9) ÖAG-2352/1962 Ankauf der Liegenschaft EZ 1005 KG Steyr von Ru-
 pert und Rosa Leukauf im Zuge des Zwangsverstei-
 gerungsverfahrens

- 10) ÖAG-7929/1961 Verkauf von Grundflächen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

- 11) Bau 2-1659/1962 Josef Aufreiter - Grundteilung
Bau 5-1541/1962 Arthur Holzmüller - Bausache
- 12) Bau 5-7200/1961 Max Haas - baubehördliche Bewilligung zur Errichtung einer Garage

BERICHTERSTATTER STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

- 13) GHJ 1-2787/1962 Ankauf von Einrichtungsgegenständen für städt. Schulen
- 14) Schu VIII-2609/1962 Festsetzung des Schulgeldes für den Blockflöten-Gruppenunterricht an der Städt. Musikschule

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

- 15) Bau 2-4636/1961 Hubert und Antonie Sandmayr - Grundteilung
- 16) Ges-2791/1962 Genehmigung zur Verwendung des Stadtwappens auf einem Tischwimpel des Round Table Nr. 7

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

- 17) Ha-3180/1957 Anschaffung einer Pumpanlage für die Kläranlage Taschelried
- 18) ÖAG-1964/1962 Grundtausch zwischen der Stadtgemeinde und der Ersten gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

- 19) Zl. 1097/1952 Abänderung des Teilbebauungsplanes Taschelried Nr. 1/52 und des Stadtregulierungsplanes 1930
- 20) Bau 2-6283/1961 Anna Staudinger, Grundteilung

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung recht herzlich begrüßen.

Entschuldigt ist Herr Gemeinderat Holzinger.

Als Protokollprüfer werden Frau Gemeinderat Pammer und Herr Gemeinderat Ebmer vorgeschlagen.

Vor Eingang in die Ihnen zugesandte Tagesordnung haben wir die Angelobung eines Gemeinderates vorzunehmen.

Durch das Ausscheiden des Stadtrates Friedrich Stahlschmidt aus dem Gemeinderat ist ein Gemeinderatsmandat freigeworden.

Dieses freigewordene Mandat soll durch Herrn Rudolf Wagner, Oberbuchhalter, neu besetzt werden. Auf Grund des § 14 des Gemeindestatutes hat das neu einberufene Mitglied das Gelöbnis zu leisten. Er hat zu geloben, die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten und der Stadt Steyr die Treue zu halten.

Ich ersuche nun den erschienenen Oberbuchhalter Wagner, das Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" zu leisten.

GEMEINDERAT RUDOLF WAGNER:
Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Die Ausschüsse in denen Sie vertreten sein werden, Herr Gemeinderat Wagner, ist der Kulturausschuß und der Fürsorgeausschuß.

Gleichzeitig haben wir die Wahl eines Stadtrates gemäß § 31 des Gemeindestatutes infolge Zurücklegung des Mandates durch Stadtrat Friedrich Stahlschmidt vorzunehmen.

Die FPÖ hat mit Schreiben vom 12. 5. 1962 als neuen Stadtrat das Mitglied des Gemeinderates, Karl Gherbetz, vorgeschlagen.

Ich ersuche daher, wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Danke.

Die Gegenprobe bitte? Es erheben sich 2 Gegenstimmen (GR. Moser und GR. Schmidberger).

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses ist der Gemeinderat Karl Gherbetz zum Stadtrat gewählt. Ich bitte ihn um seine Erklärung, ob er die Wahl annimmt.

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Ich nehme die Wahl an.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Stadtrat Gherbetz, Sie werden im Wohnungsausschuß tätig sein. Ich darf Sie namens des gesamten Gemeinderates zu diesem Amt beglückwünschen und Sie ersuchen, diese Funktion so gewissenhaft als möglich zu erfüllen.

In der Tagesordnung fortfahrend, bitte ich Herrn Kollegen Schanovsky!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sicherlich wissen Sie, daß der gemeindeeigene Baugrund zu Ende geht. Es war daher notwendig, sich früh genug um neuen Baugrund für die Gemeinde umzusehen. Selbstverständlich waren die Augen auf die am Stadtrand gelegenen Gründe gerichtet und es bedurfte jahrelanger Verhandlungen bis Frau Zeileissen sich entschlossen hat, ihr Gut an die Gemeinde zu verkaufen.

Der Finanz- und Rechtsausschuß, der den Ankauf dieses Grundes bereits gebilligt hat, stellt Ihnen daher folgenden Antrag:

- 1) ÖAG-2041/1962
Ankauf des Resthofes von Frau Helene Zeileissen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankaufe der Liegenschaft EZ. 1350 des Grundbuches über die Kat. Gem. Steyr Resthof in Stein, Konstr. Nr. 607, im Gesamtausmaß von 232 801 m² von Frau Helene Zeileissen wird zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

- 1) Der Kaufpreis auf der Basis von S 32, 50 je m² besteht in einer Barzahlung bei Vertragsabschluß von S 6 642 032, -- aus einer monatlichen Rentenzahlung von S 6 000, --, wertgesichert, an den Verkäuferin mit einem Kapitalwert von S 792 000, -- aus einer monatlichen Rentenzahlung von S 1 000, --, wertgesichert, an den Wirtschaftsführer der Verkäuferin, Karl Seiler, mit einem Kapitalwert von S 132 000, -- und aus einem für die Abgeltung des Mehrwertes der Waldgrundstücke gedachten Betrag von S 30 000, -- insgesamt somit S 7 596 032, --
- 2) Die Verkäuferin erhält das Recht, bis zum Bezuge einer neuen Wohnung in ihrer bisherigen Wohnung im Hause Steyr, Ennsner Straße 20, unentgeltlich gegen Bezahlung der Betriebskosten zu wohnen und die Bewirtschaftung des Gutes in den Jahren 1962 und 1963 unentgeltlich durchzuführen. Weiters wird ihr das Recht zum Ankauf einer städtischen Grundparzelle aus der Grundfläche 1863/1 KG. Steyr zum Preise von S 32,50 je m² eingeräumt.
- 3) Die Stadtgemeinde Steyr verpflichtet sich, der Melkerin der Verkäuferin, Therese Jaksch, eine Grundparzelle aus dem Kaufareal im Ausmaße von ca. 1 000 m² zum Preise

von S 32, 50 zu verkaufen.

- 4) Die Stadtgemeinde Steyr verpflichtet sich weiters, dem Wirtschaftsführer Karl Seiler auf die Dauer von 2 Jahren, längstens aber bis zum 1. Oktober 1965, das gesamte Kaufobjekt zu ortsüblichen Bedingungen und einem ortsüblichen Pachtschilling zu verpachten.
- 5) Die übrigen Bedingungen des Kaufvertrages sind von der Magistratsdirektion zu vereinbaren.

Zur Deckung des Aufwandes für diesen Grundankauf im laufenden Rechnungsjahr einschließlich Grunderwerbssteuer, Eintragungsgebühren und Spesen wird der Betrag von

S 1 790 000, --

(Schilling eine Million siebenhundertneunzigtausend)

bei VP 920-91 aoH. freigegeben, während für den Betrag von

S 5 640 000, --

(Schilling fünf Millionen sechshundertvierzigtausend)

bei der gleichen VP eine überplanmäßige Ausgabe bewilligt wird.

Die Deckung derselben erfolgt durch Entnahme aus Rücklagen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort?

Bitte Herr Gemeinderat Watzzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Meine Fraktion stimmt diesem Antrag selbstverständlich zu. In diesem Zusammenhang aber möchte ich etwas aufgreifen. Es ist mehrmals aufgefallen, daß wir über eine außergewöhnlich fixe Berichterstattung verfügen. Meinen Kollegen sowie mir ist dieser Kauf erstmals aus der Zeitung bekannt geworden. Dieser Bericht

wurde von einer ganzen Reihe von Blättern so gebracht, als ob der Kauf bereits durchgeführt worden wäre, mit gewissen Details usw. Ich bin der Ansicht, daß der Kauf solange nicht durchgeführt ist, als die zuständigen Ausschüsse (Finanz- und Rechtsausschuß, vorhergehender Stadtrat usw.) und zuletzt schließlich der Gemeinderat als Plenum, diesen Kauf beschließt. Etwas ähnliches, an sich nebensächliches, haben wir heute erlebt, als man auf der Straße angesprochen wurde, im Radio sei verlaublich worden, in Steyr wurde ein neuer Gemeinderat angelobt und ein Stadtrat gewählt. Das war heute mittag, also lange noch bevor hier entschieden wurde. Wir wußten ja nicht, ob der Gemeinderat überhaupt den von uns vorgeschlagenen Kollegen annehmen wird und auch sonst war dies noch nicht so einwandfrei klar. Ich glaube, die Frage richtet sich in erster Linie an die Magistratsdirektion.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KARL ENZELMÜLLER:

Darf ich das aufklären, hoher Gemeinderat. Ich bin schuldig, gerade an der letzten Sache. Es findet nämlich jeden Dienstag um 9,00 Uhr eine Pressekonferenz statt. Zu dieser Pressekonferenz muß ich die "Sensationen" der letzten Woche aufzählen. Nicht, daß die Presse davon nichts weiß, sie hat ja andere Quellen auch noch, sie will diese Dinge nur bestätigt haben. Ich kann ihnen daher normalerweise nichts Neues sagen. Eine Ausnahme: Die Wahl des Herrn Stadtrates Gherbetz und jene des Herrn Gemeinderates Wagner. Das diente der Presse nur als Mitteilung, damit sie sich vorbereiten konnte, denn abends hat es die Presse immer sehr schwer, die Dinge schnell telefonisch durchzugeben. Es passieren dann Namensverwechslungen, man kriegt gewisse Dinge nicht mit und daher die Vorinformation. Daß ein Pres-

seberichter diese Information, sagen wir in etwas unfairer Weise ausgelegt hat, möge man ihm entschuldigen. Bei jenen herrschen halt andere Verhältnisse als im Gemeinderat.

Was die Angelegenheit mit dem Resthof betrifft, so möchte ich folgendes sagen: Hier hat die Gemeinde bzw. haben die zuständigen Gemeindefunktionäre, persönlich verhandelt. Dann hat der Stadtrat den Ankauf in einer Sitzung fixiert und gleichzeitig dem Magistrat die Ermächtigung gegeben, ihn durchzuführen. Bei einer so großen Transaktion ist es natürlich, daß die Presse informiert werden muß. Dies ist gleich nach der Stadtratsitzung erfolgt und die Gemeinderatsmitglieder mögen entschuldigen, daß der Ankauf erst verhältnismäßig spät ins Plenum kommt, weil ja Gemeinderatsitzungen nicht alle 14 Tage stattfinden können. Es lassen sich eben solche Dinge nicht ganz so glatt abwickeln. Der Presse kann man dies nicht vorenthalten, das würde sehr schwer möglich sein, denn wie gesagt, sie brauchen die Informationen nicht von mir, sie erfahren diese Dinge auch noch von anderen Quellen.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich nehme diese Erklärung zur Kenntnis und glaube, im Namen des gesamten Gemeinderates zu sprechen, wenn ich dies hier deshalb vorbringe, um zu vermeiden, daß der Eindruck entsteht, eine Gemeinderatsitzung wäre nur eine pro forma Angelegenheit. Dieser Eindruck ist so oder so in verschiedenen Kreisen in Steyr schon entstanden. Das aber soll vermieden werden und ich glaube, daß daran alle Gemeinderäte interessiert sind. Das soll kein Angriff gegen irgendeine Seite, weder gegen die Presse noch gegen sonst jemand sein.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Für unsere Fraktion braucht niemand zu sprechen. Wir sprechen da schon selber.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Na ja bitte, ich meine den Gemeinderat in seiner Gesamtheit. Wenn Sie anderer Ansicht sind, bitte.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Darf ich Sie bitten um ein Zeichen mit der Hand, falls Sie mit diesem Antrag einverstanden sind. Danke. Die Gegenprobe bitte? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben da nicht nur für die Gegenwart Vorsorge getroffen, sondern wir haben vor allem der Ausdehnung unserer Stadt, den vielfältigen kommunalen Belangen für die Zukunft, Rechnung getragen. Auch wir zehren von dem, was unsere Vorgänger geschaffen, gekauft und erworben haben. Von diesem Standpunkt aus glaube ich, daß es eine Tat war, die sehr hoch einzuschätzen ist, vor allem, daß wir uns glücklich schätzen sollen, daß es uns gelungen ist, dieses Grundstück, das sehr im Interesse der Stadt liegt, erwerben zu können. Ich danke Ihnen für die Zustimmung. Bitte Herr Kollege Schanovsky!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Mein zweiter Antrag gilt einer Berichtigung bzw. einer Änderung des Gemeinderatsbeschlusses über die Lustbarkeitsabgabeordnung.

Wir haben in der Gemeinderatsitzung vom 20. März d. J. beschlossen, daß das Ausmaß der Kartenabgabe mit 20 v. H. des Preises oder Entgeltes nach § 8 und 9 festgesetzt werden soll.

Bei der Durchrechnung der Abgabe auf Grund der neuen Bestimmungen hat sich ergeben, daß nicht die gewünschte 5 %ige Steuer senkung, sondern eine geringere herauskam. Es war daher notwendig, hier eine Änderung durchzuführen um eine 5 %ige Steuer senkung zu erreichen. Der Ihnen nun vorliegende Antrag sieht vor, daß am Ende eines jeden Jahres durch Stadtratsbeschuß die Investitionen der Kinounternehmungen mit höchstens 1,66 % vergütet werden können. Wenn dieser Weg gewählt wird, haben wir die gewünschte Senkung erreicht.

Der Finanz- und Rechtsausschuß, der diese Angelegenheit beraten hat, legt Ihnen daher folgenden Antrag vor:

2) Gem X-1344/1962

Neuerliche Änderung der Lustbarkeitsabgabeordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderatsbeschuß vom 20. 3. 1962, Gem-X-1344/62, wird dahingehend abgeändert, daß anstelle des vorletzten Absatzes dieses Beschlusses folgende Bestimmungen treten:

"Gleichzeitig wird der Gemeinderatsbeschuß vom 28. 10. 1960, Gem-3729/60, wie folgt geändert:

Im Punkt 1 dieses Beschlusses entfallen die auf die Worte "wirksam begegnen können" bis zum Schluß dieses Absatzes folgenden Worte. An deren Stelle tritt folgendes: "kann ab 1. 3. 1962 bis auf weiteres alljährlich jeweils am Jahresende über Ersuchen der steuerpflichtigen Kinobetriebe vom Stadtrat ein "Investitions Groschen" in Form einer vom Magistrat zu gewährenden Lustbarkeitsabgabe-Rückzahlung bewilligt werden. Die Höhe dieser Rückzahlung wird vom Stadtrat bestimmt. Sie darf jedoch höchstens 1,66 % des Bruttoentgeltes, berechnet nach § 10 Abs. 1 der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, Gemeinderatsbeschuß vom 28. 2. 1950, bzw. 1 % dieses Entgeltes,

berechnet nach § 10 Abs. 4 der Lustbarkeitsabgabeordnung betragen' ".

Ich bitte, dieser Form Genüge zu leisten und dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Dies ist nicht der Fall und ich darf somit Ihre Zustimmung annehmen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Wie alljährlich ist die Personalvertretung an den Magistrat mit der Bitte herangegangen, ihr eine Subvention für die Betriebsausflüge, die Durchführung ihrer Aufgaben in personalpflegerischer Hinsicht und für kulturelle und sportliche Betreuung der Gemeindebediensteten zu gewähren. Es soll ungefähr der gleiche Betrag ausgewiesen werden wie bisher und zwar diesmal zusammen. Wir haben früher immer für die Betriebsausflüge und die personalpflegerischen Aufgaben je einen separaten Beschluß gefaßt.

Der Antrag des Stadtrates, der beschlossen werden soll, lautet:

3) Präs-142/1962

Präs-143/1962

Gewährung von Subventionen an die Personalvertretung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Personalvertretung der Bediensteten der Stadtgemeinde Steyr wird zur Durchführung ihrer Aufgaben in personalpflegerischer Hinsicht (Betriebsausflüge, kulturelle und sportliche Betreuung, sowie Ermöglichung der fachlichen Aus- und Weiterbildung der Bediensteten) eine Subvention von

S 75 000,--

(Schilling siebzigfünftausend) gewährt. Zu diesem Zweck wird der Betrag von

S 40 000,--

(Schilling vierzigtausend)

bei VP 01-15 freigegeben und ein weiterer Betrag von

S 35 000,--

(Schilling dreißigfünftausend) als überplanmäßige Ausgabe bei derselben Haushaltstelle bewilligt. Die Deckung für diese überplanmäßige Ausgabe ist aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu nehmen.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Bitte Herr Gemeinderat Watztenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich bitte nur um eine nähere Umreißung des Zweckes, wofür dieser Betrag gedacht ist, bzw. ob späterhin, anlässlich anderer Gelegenheiten noch weitere Beträge vorgesehen sind und ob die Gemeinde Steyr auf die Verwendung dieses Betrages irgendeinen Einfluß hat bzw. irgendwelche Kontrolle ausübt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER: HANS SCHANOVSKY:

Bitte, darf ich Ihnen dazu folgendes sagen:

Es wird kein weiterer Antrag mehr in diesem Jahr in der Hinsicht vorgelegt werden. 40 000 S wurden immer für Betriebsausflüge genehmigt. Außerdem haben wir der Personalvertretung für kulturelle und sportliche Betreuung - Sie wissen, daß im Hause eine Fotoabteilung, eine Dunkelkammer existiert - immer einen gewissen Betrag zur Verfügung gestellt. Wir wollen damit der Personalvertretung aber auch die Möglichkeit geben, jenen Beschäftigten, die sich weiterbilden wollen,

die Kurse besuchen, Unterstützungen gewähren zu können. Das zusammen hat den Betrag von S 35 000 ergeben.

Ich glaube, ein Arbeitsgeber soll sich nicht anmaßen, für diese Ausgaben eine Kontrolle einzuführen. Es wird dies bei keinem Unternehmen der Fall sein, daß diese Subventionen, die für soziale Einrichtungen zu Gunsten der Arbeitnehmer gegeben wurden, kontrolliert werden.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich beantrage das ja nicht. Dies war nur eine Anfrage.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Darf ich Ihre Zustimmung zu diesem Antrag annehmen? Keine gegenteilige Meinung. Dankesehr.

Bitte Herr Kollege Hochmayr!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Das Wohnbauvorhaben Wokralstraße soll in Planung gehen und diese Planung soll vorfinanziert werden.

Es liegt daher folgender Antrag vor:

4) Zl. 6236/1952

Wiederaufbau des Objektes Wokralstraße 7 - Vorfinanzierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr wird ein unverzinsliches Vorfinanzierungsdarlehen für das Vorhaben "Wiederaufbau des Objektes Wokralstraße 7" in Höhe von

S 51 210,--

(fünfeinzigtausendzweihundertzehn) bewilligt. Dieser Betrag wird hiemit

bei VP 62-85 aoH. freigegeben. Die endgültige Darlehenshöhe sowie die näheren Darlehensbedingungen bleiben einer späteren Festlegung vorbehalten.

Ich bitte um Ihre Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie dazu das Wort? Bitte das war die alte Ennsleitschule. Darf ich Ihre Zustimmung hiezu annehmen? Dankesehr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Wie Sie bereits gesehen haben, hat die Feuerwehr einen Garagenanbau dringend benötigt und zwar soll er beim Feuerwehrdepot Sierninger Straße 53 fertiggestellt werden. Es ist noch ein Betrag von S 80 000, -- als Restbetrag erforderlich und der Stadtrat stellt Ihnen folgenden Antrag:

5) GHJ 2-5170/1961

Garagenanbau beim Feuerwehrdepot Sierninger Straße 53 - Vergabe der restlichen Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Fertigstellung des Garagenanbaues beim Feuerwehrdepot in der Sierninger Straße (Restbedarf S 80 000, --) wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA VI vom 3. 4. 1962 unter obiger Zahl der Betrag von

S 20 000,--

(Schilling zwanzigtausend)

bei VP 716-92 freigegeben und ein weiterer Betrag von

S 60 000,--

(Schilling sechzigtausend)

als überplanmäßige Ausgabe bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für diese überplanmäßige Ausgabe ist durch Entnahmen aus Rücklagen zu finden.

Die Arbeiten und Lieferungen werden wie folgt vergeben:

1. Garagentor an die Fa. Otto Singer zum Preise von S 9 150,--.

2. Elektro-Installation an die Firma Rudolf Lamplmayr zum Preise von S 5 610,60.

3. Terrassengeländer an die Fa. Emmerich Vösl zum Preise von S 6 678,78.

4. Terrassen - Bodenplattenbelag nur Arbeit an die Fa. Oskar Töpel zum Preise von S 3 900,--.

5. Arbeitsgrubenabdeckung an die Fa. Ludwig Bittermann zum Preise von S 1 380,--.

6. Anstreicherarbeiten an den Städt. Wirtschaftshof S 4 800,--.

7. Fensterbänke an die Firma O. Töpel zum Preise von S 670,--.

8. Elektr. Installation (Leitungen) an die Fa. Lamplmayr zum Preise von S 1 448,58.

Ein Betrag von S 39 000,-- entfällt auf Baumeisterarbeiten, die mit Stadtratsbeschluss vom 14. 11. 1961 der Fa. Handl übertragen wurden, mit Rücksicht auf die Jahreszeit im Jahre 1961 aber nicht mehr fertig gestellt werden konnten.

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Eine Wortmeldung. Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Wieviel wurde für diesen Garagenbau insgesamt ausgeworfen? Es war doch schon einmal eine Post angeführt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Es sind die Baumeisterarbeiten seinerzeit mit 82 000 Schilling vergeben worden. Jetzt sind weitere S 80 000,-- zur Fertigstellung erforderlichlich.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Stimmen Sie diesem Antrag zu? Danke, dies ist der Fall.

Bitte Herr Kollege Enge!

BERICHTERSTATTER STADTRAT FRANZ ENGE:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe die Aufgabe, Ihnen das Übereinkommen mit dem ARBÖ betreffend die Regelung der Ersatzansprüche aus dem Erwerb der Rennbahngründe durch die Stadtgemeinde Steyr vorzutragen.

Zum besseren Verständnis möchte ich Ihnen einen ganz kurzen Auszug aus dem Amtsbericht wiedergeben:

Der sozialdemokratische Verein "Arbeiter-Radfahrerbund Österreichs" war vor 1934 Eigentümer des Rennbahnareals in Steyr. Im Zusammenhang mit den Februareignissen 1934 wurde dieser Verein aufgelöst und sein Vermögen beschlagnahmt. Mit Kaufvertrag vom 6. bzw. 8. April 1936 hat sodann die Stadtgemeinde Steyr die gesamte Rennbahnliegenschaft, EZ. 631 KG. Steyr, um S 17 500,-- erworben. Da diese Liegenschaft aus politischen Gründen beschlagnahmt und entzogen worden war, wurde der Erwerb nach 1945 gesetzlich für nichtig erklärt und die Stadtgemeinde Steyr als Eigentümerin durch die Rückgabegesetzgebung zur Herausgabe an den zu diesem Zwecke gebildeten Restitutionsfonds sozialdemokratischer Organisationen verpflichtet.

Da die Stadtgemeinde Steyr während der Dauer ihres Eigentumes verschiedene Flächen aus dem Rennbahnareal weiterveräußert und auch Veränderungen daran vorgenommen hatte, war eine Naturalrestitution mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Durch Entgegenkommen der Rückgabewerberin war es möglich, im Jahre 1950 vor der Rückgabekommission beim

Landesgericht Linz mehrere Vergleiche zu schließen, wonach der Restitutionsfonds gegenüber der Stadtgemeinde und ihren Rechtsnachfolgern auf die Rückgabe der Rennbahngründe verzichtete. Dafür übertrug die Stadtgemeinde Steyr eine Grundfläche im gleichen Ausmaß wie das Rennbahnareal von 52 822 m², Parzelle 608/1, KG. Gleink, EZ. 199, aus dem Gutsbestande des Religionsfondsgutes Gleink in das Eigentum des wiedererrichteten Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbandes Österreichs. Die Stadtgemeinde Steyr übernahm damals weiter die Verpflichtung, den ARBÖ hinsichtlich allfälliger Ersatzansprüche des Bistums Linz bzw. des Religionsfonds in Ansehung des Grundstückes 608/1 vollkommen schad- und klaglos zu halten.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Österr. Staatsvertrages vom Jahre 1955 wurde sodann seitens der Religionsfonds-Treuhandstelle auch vom ARBÖ die Rückstellung des Ersatzgrundstückes 608/1 verlangt und der ARBÖ zur Herausgabe dieser Fläche im Zuge eines Rückstellungsverfahrens veranlaßt. Dadurch wurde die Verpflichtung der Stadtgemeinde Steyr, den ARBÖ aus der Inanspruchnahme der Rennbahn schad- und klaglos zu halten, nunmehr rechtlich existent.

Verschiedene Verhandlungen führten zu dem nachstehend angeführten Ergebnis, auf welcher Basis diese Angelegenheit endgültig bereinigt werden soll.

Und hier der Antrag des Stadtrates:

6) OAG-3217/1956

Übereinkommen mit dem ARBÖ betr. Regelung der Ersatzansprüche aus dem Erwerb der Rennbahngründe durch die Stadtgemeinde.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zur Regelung der dem Arbeiter Rad- und Kraftfahrerband Österreichs

"ARBÖ" gegen die Stadtgemeinde Steyr zustehenden Ersatzansprüche aus dem Titel des Erwerbes der Rennbahngründe EZ. 631 KG. Steyr, und des Verlustes der dafür gegebenen Ersatzgrundfläche, EZ. 199, KG. Gleink, wird dem Abschluß des nachstehenden Übereinkommens zwischen dem ARBÖ und der Stadtgemeinde Steyr wie folgt zugestimmt:

1) Die Stadtgemeinde Steyr verbleibt weiterhin Eigentümerin der Liegenschaft EZ. 631 KG. Steyr (Rennbahngelände), soweit sie heute noch in ihrem Besitz ist; ebenso verbleiben die Rechtsnachfolger der Stadtgemeinde Steyr weiterhin Eigentümer der aus der EZ. 631 KG. Steyr erworbenen Grundflächen.

2) Anstelle der Liegenschaft EZ. 199 KG. Gleink im Ausmaße von 52.822 m² und im Wert von S 1 320 550, --, die auf Grund mehrerer Vergleiche vor der Rückgabekommission Linz, insbesondere des Vergleiches vom 26. 10. 1950, Rg 2/49-5, als Ersatz für die Rennbahngründe an den ARBÖ übereignet wurde, von diesem aber später an die Religionsfonds-Treuhandstelle zurückgestellt werden mußte, leistet die Stadtgemeinde Steyr nunmehr folgende Entschädigung:

- a) Die Übereignung der Liegenschaft Steyr, Ortskai 14, EZ. 1259 KG. Steyr (ehemaliger Bauhof der Ennsbauleitung) samt allen Baulichkeiten, soweit sie nicht für den Bau der neuen Ennstalbrücke in Anspruch genommen wurde, im Werte von S 511 656, -- an den ARBÖ;
- b) die Übereignung einer Grundfläche im Ausmaße von 26 000 m² und im Werte von S 15, -- je m² aus der städt. Liegenschaft "Grubergütli" in der Winklinger Straße im Gesamtwerte von S 390 000, -- an den ARBÖ
- c) Ablöse der Wertdifferenz von S 418 894, -- in Bargeld, zahlbar bei Unterfertigung

gung des schriftlichen Übereinkommens.

3) Mit diesem Vergleich sind alle wie immer gearteten Ansprüche des ARBÖ gegen die Stadtgemeinde Steyr, die ihm nach dem Rückgabegesetz vom 6. 2. 1947, BGBI. Nr. 55, auf Grund des mit Kaufvertrag vom 6. 4. bzw. 8. 4. 1936 erfolgten Überganges der Liegenschaft E.Z. 631 an die Stadtgemeinde Steyr sowie im Zusammenhange mit der Rückstellung der Ersatzliegenschaft E.Z. 199 KG. Gleink an die Religionsfondstreuhandstelle gegen die Stadtgemeinde Steyr zustehen, ausgeglichen.

4) Sämtliche Kosten zur Durchführung dieses Übereinkommens gehen zu Lasten der Stadtgemeinde Steyr.

Der zur Durchführung dieses Übereinkommens einschließlich allfälliger Kosten im Gesamtausmaß von ca. S 43 000,-- erforderliche Betrag von insgesamt S 461 000,-- wird als außerplanmäßige Ausgabe bei VP 062-90 aOH. bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Entnahme aus Rücklagen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Dies ist nicht der Fall. Darf ich um Ihre Zustimmung durch ein Zeichen mit der Hand bitten. Danke. Die Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bitte Herr Stadtrat Huemer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Meine Damen und Herren!

Mein erster Antrag kommt vom Stadtrat und lautet:

7) Bau 6-2412/1962

Kanalisation Steinfeldstraße II/1 - 5.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Verlegung eines öffentlichen Kanales mit der Länge von ca. 170 m mittels welchem neu errichtete Wohnbauten nächst der Steinfeldstraße an das Kanalnetz angeschlossen werden sollen, wird ein Betrag von

S 87 000,--

(achtzigstebentaend)

bei VP 718-91 oH. freigegeben.

Die Arbeiten sind der Firma Adami zum Bestbieterpreis von S 87 000,-- zu übertragen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Danke.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

Ein weiterer Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses, den der Gemeinderat beschließen möge, lautet:

8) Bau 5-2492/1961

Joachim und Maria Delfauro - Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Art. XI BON 1946 zur Errichtung eines Einfamilienhauses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem seitens des Stadtbauamtes am 7. 9. 1961 zu Bau 5-2492/61 im Sinne des Beschlusses des Bau- und Verwaltungsausschusses vom 27. Juni 1961 erlassenen Bescheid wird nachträglich zugestimmt. Dieser Umstand stellt für die Ehegatten Joachim und Maria Delfauro die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Art. XI BON 1946 zur Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Grundstück 969/34 der KG. Jägerberg dar.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist dies nicht der Fall und ich darf somit Ihre Zustimmung annehmen.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt bitte ich Herrn Stadtrat Besendorfer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Stadtrates vorzulegen. Der erste Antrag betrifft:

9) ÖAG-2352/1962

Ankauf der Liegenschaft EZ 1005, KG Steyr, von Rupert und Rosa Leukauf, im Zuge des Zwangsversteigerungsverfahrens.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Erwerbe der Liegenschaft EZ 1005, Kat. Gem. Steyr, Haus in Steyr, Sierninger Straße 94, von den Ehegatten Rupert und Rosa Leukauf im Zuge des gegen die Genannten beim Bezirksgericht Steyr anhängigen Zwangsversteigerungsverfahrens wird zugestimmt.

Der Magistrat Steyr wird ermächtigt, sich bis zum Anbotspreis von S 170 000,--, in Worten: Schilling einhundertsebzigttausend (Schätzwert der Liegenschaft S 174 000,--) als Bieter an der Zwangsversteigerung zu beteiligen.

Der Betrag von

S 170 000,--

(Schilling einhundertsebzigttausend) wird als überplanmäßige Ausgabe bei VP 920/91 aoH. bewilligt.

Die Deckung erfolgt durch Entnahme aus Rücklagen.

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Der zweite Antrag betrifft:

10) ÖAG-7929/1961

Verkauf von Grundflächen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der städtischen Grundstücke 1224/48 (931 m²), 1224/49 (561 m²), 1224/50 (561 m²) und 1224/51 (699 m²) aus der EZ. 1254 des Grundbuches der Kat. Gem. Steyr zum Preise von S 40,-- je m², demnach um einen Gesamtpreis von S 110 080,--, an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr wird zugestimmt.

Die Festsetzung der näheren Bedingungen des Kaufvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Dieser Grunderwerb ist notwendig für das Bauvorhaben Tabor XIV. Ich ersuche auch um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesen beiden Anträgen das Wort?

Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Zu den beiden Anträgen hätte ich je eine kurze Anfrage und zwar: Welcher Verwendungszweck ist dem Objekt Leukauf zgedacht? Zum 2. Antrag: Hat die GWG, die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, in solchen Fällen Grunderwerbssteuer zu bezahlen?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KARL ENZELMÜLLER:

Darf ich das beantworten, weil Herr Stadtrat Besendorfer wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, so schnell den Akt durchzulesen. Was den Ankauf Leukauf betrifft, so muß die Gemeinde Steyr einen Teil des Hauses schleifen in Gunsten der Sierninger Straße, insbesondere den Teil, wo die Stiege in die Sierninger Straße hineinragt. Außerdem hätten wir Frau Demelmaier mit ihrer Familie unter-

bringen müssen und haben so die Frage verhältnismäßig billig gelöst.

Was die andere Frage betrifft, hinsichtlich der Grunderwerbssteuer, so ist es leider nicht möglich, Grunderwerbssteuerfreiheit zu bekommen. Es ist dies nur für eine gewisse Type von Wohnungen und zwar Kleinstwohnungen möglich, welche Möglichkeit wir auch in Anspruch nehmen; im Allgemeinen geht das leider nicht.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Danke.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie mit diesen beiden Anträgen einverstanden? Es erhebt sich keine Gegenstimme, danke.

Bitte Herr Stadtrat Schachinger!

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses vorzutragen.

Der erste davon betrifft:

11) Bau 2-1659/1962

Bau 5-1541/1962

Josefa Aufreiter - Grundteilung;
Arthur Holzmüller - Bausache.

Der Gemeinderat wolle beschließen: 1) Zu Bau 2-2659/62 wird gemäß Art. XI BON 1946 der beantragten Grundteilung nach Maßgabe des eingereichten Lageplanes und Teilungsausweises des Dipl. Ing. Franz Herunter vom 28. 8. 1961, GZ. 3177/61, zugestimmt. Gleichzeitig wird für das neu zu schaffende Grundstück 900/23 die Bauplatzqualifikation ausgesprochen.

2) Zu Bau 5-1541/62 wird gemäß Art. XI BON 1946 der Erteilung der Baubewilligung zur Errichtung eines Wohnhauses auf der Grundparzelle 900/23 zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Dies ist nicht der Fall und ich darf somit Ihre Zustimmung annehmen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Der zweite Antrag betrifft:

12) Bau 5-7200/1961

Max Haas - baubehördliche Bewilligung zur Errichtung einer Garage.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Gemäß Art. XI BON 1946 wird der Errichtung einer Garage auf der Grundparzelle 279/5 KG Stein durch Max Haas, Steyr, Kronbergweg 4, zugestimmt. Die Situierung der Garage hat nach Angabe des Stadtbauamtes zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie auch mit diesem Antrag einverstanden? Danke, es ist dies der Fall.

Bitte Herr Stadtrat Radinger!

BERICHTERSTATTER STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein erster Antrag betrifft:

13) GHJ 1-2787/1962

Ankauf von Einrichtungsgegenständen für städtische Schulen.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Zum Zwecke der Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für städtische Schulen wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. VI vom 9. 4. 1962 der Betrag von insgesamt

S 164 000, --

(einhundertsechzigviertausend)
der sich wie folgt aufteilt, freigegeben:

S 154 500,-- bei VP 21-91
S 4 800,-- bei VP 242-91
S 4 700,-- bei VP 243-91.

Die entsprechenden Aufträge werden wie folgt vergeben:

Fa. Wiesner & Hager, Altheim, O. Ö.:

122 Stk. Kufenschultische,
zweisitzig 120/50
à S 410,-- S 50 020,--
244 Stk. Kufensessel i. d.
dazupassenden
Größen à S 148,-- S 36 112,--
S 86 132,--

Fa. Mossböck, Freistadt, O. Ö.:

37 Stk. Schülertische, Ty-
pe W/55, à S 381,95
S 14 148,13
74 Stk. Schülersessel,
KS/55, i. d. da-
zupassenden
Größen, à
S 138,-- S 10 212,--
5 Stk. Lehrertische, Ty-
pe 430/k, à
S 1 607,-- S 8 035,--
S 32 395,13

Bei Auftragserteilung An-
fang April 4 % Sonderrab-
att

S 1 295,13
S 31 100,--

Fa. Haberleitner, Linz:

2 Stk. Türenschränke,
Nr. 180/a, à
S 2 050,-- S 4 100,--
2 Stk. Türenschränke,
Nr. 180/b, à
S 1 950,-- S 3 900,--
1 Stk. Anbauschrank,
590 mm, Nr.
320/1 mit 2 Sei-
tenwänden S 1 400,--
1 Stk. Rollschrank
Nr. 300 S 2 000,--
S 11 400,--

Fa. Vösl, Steyr:

10 Stk. Bilderständer
à ca. S 795,-- S 7 950,--

Fa. Gründler, Steyr:

3 Stk. Schirmständer
à ca. S 95,-- S 285,--

Fa. Dedic, Steyr:

3 Stk. Flaneldecken
à S 120,-- S 360,--

Fa. Rust, Steyr, (inkl. Kuffner):

1 Stk. Lehrmittel-
schrank S 2 826,--

Städt. Wirtschaftshof:

1 Stk. Schirmständer
für SO. Punzer-
straße S 870,--

1 Stk. Hängekasten für
Iro-Landkarten S 700,--

1 Stk. Fußschemel, An-
nahme S 50,--
S 1 620,--

Fa. Lang, Steyr:

3 Stk. Garderobewände
m. Hutablage u.
Schirmtaste à
S 575,-- S 1 725,--

1 Stk. Blumenständer,
Annahme S 400,--

5 Stk. Hocker à S 95,--
S 475,--
S 2 600,--

Fa. Müller, Tapezierer, Steyr:

Verdunklungsvorhänge für
MH. u. KH. Ennsleite =
26 Fenster à S 337,-- S 8 762,--

Fa. Kowarik, Tapezierer, Steyr:

Verdunklungsvorhänge für
MV. u. KV. Ennsleite =
13 Fenster à S 338,-- S 4 394,--

Fa. Wittner, Steyr:

4 Stk. Blumenschalen,
Eternit BB 7 à
S 70,-- S 280,--

Ich bitte, diesem Antrag Ihre
Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:

Sind Sie mit diesem Antrag ein-
verstanden? Es erhebt sich keine Ge-
genstimme.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
PROF. STEFAN RADINGER:

Der zweite Antrag betrifft:

14) Schu IX-2609/1962

Festsetzung des Schulgeldes für den Blockflöten - Gruppenunterricht an der städtischen Musikschule.

Antrag des Stadtrates.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Einführung des Unterrichtsfaches "Blockflöte" in Form eines Gruppenunterrichtes (4 Schüler je Gruppe) an der Städt. Musikschule wird zugestimmt. Das Schulgeld, das zugleich das Honorar für den entsprechenden Nebenlehrer ist, wird mit S 20,-- pro Schüler und Monat festgelegt. Allfällige Schulgeldermäßigungen bleiben dem Stadtrat vorbehalten.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Es liegt keine Wortmeldung vor. Danke.

Bitte Herr Stadtrat Baumann!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses vorzulegen und bitte um Ihre Annahme.

15) Bau 2-4636/1961

Hubert und Antonie Sandmayr - Grundteilung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der von den Ehegatten Hubert und Antonie Sandmayr, Steyr, Asbacher Straße 35, eingereichten Grundteilung nach den Plänen des Ing. Konsulenten für das Vermessungswesen, Ing. Karl Gsöllpointner, vom 10. 6. 1961, im Bereich der Grundparzellen 58/1, 41 und 42/1, alle EZ. 25, KG. Christkindl, wird zugestimmt. Die damit verbundene geringfügige Abweichung vom Teilbebauungsplan Christkindl der am Christkindlweg

gelegenen Parzellen bis zum nächsten im Westen geplanten senkrechten Straßenabstoß vom Christkindlweg wird gebilligt. Somit wird anstelle der Abteilung des Gebietes in sechs Bauplätze (laut Teilbebauungsplan) der Abteilung in fünf Bauplätze zugestimmt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Dies ist der Fall.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Mein zweiter Antrag lautet:

16) Ges-2791/1962

Genehmigung zur Verwendung des Stadtwappens auf einem Tischwimpel des "ROUND TABLE NR. 7."

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 3 (4) des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr i. d. L. F. wird hiemit dem Verein "Round Table Austria, Round Table Nr. 7 Steyr" das jederzeit widerrufliche Recht zur Führung des Stadtwappens (nach rechts springender Panther mit stierähnlichem Kopf, kurzen Hörnern und Klauen, aus dem Mund und aus den Ohren Feuer speiend) auf dem Wimpel des "Round Table Nr. 7 Steyr" gewährt.

Ich bitte um die Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie auch mit diesem Antrag einverstanden? Bitte Herr Gemeinderat Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich hätte da eine Anfrage. Gibt diese exklusive Gesellschaft die Gewähr, daß das Stadtwappen nicht mißbraucht wird und wer sind überhaupt die Personen, die dieser Gesellschaft angehören?

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es sind dies im wesentlichen junge Menschen - sie dürfen das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben - soweit uns durch Einblicknahme in die Statuten dieser Gesellschaft bekannt ist. Es ist schon die Gewähr, daß dieser Club oder diese Organisation der Ehre des Stadtwappens würdig ist. Der Obmann davon ist Dr. Schachner, Richter beim hiesigen Kreisgericht.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich meine, daß es uns nicht so ergeht, wie bei manchen Einbürgerungen, wie die Vergangenheit gezeigt hat, daß man erst dann darauf kommt, wenn der Mißgriff gemacht wurde. Ich möchte nur aufmerksam machen, daß natürlich auch andere Vereine und Gesellschaften in dieser Sache an uns herantreten werden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir müssen sagen, daß wir bei der Verleihung dieser Erlaubnis im Großen und Ganzen sehr großzügig waren und das Stadtwappen nicht allzu sehr der Öffentlichkeit vorenthalten haben. Soweit wir Einblick nehmen konnten, finden wir die Gewähr für die Rechtschaffenheit dieser Organisation.

Sind Sie mit dem Antrag selbst einverstanden? Dankesehr.

Bitte Herr Stadtrat Kubanek!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen folgenden Antrag des Stadtrates vorzubringen:

17) Ha-3180/1957

Anschaffung einer Pumpanlage für die Kläranlage Taschelried.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Zwecke der Errichtung

einer Pumpanlage in der Kläranlage Taschelried wird ein Betrag von S 87 000,--

(Schilling achtzigsiebentausend) bei VP 713-91 oH freigegeben.

Die entsprechenden Aufträge werden wie folgt vergeben:

1) Ankauf der Pumpanlage an Firma "Purator-Kläranlage" Ing. Österreicher zum Anbotpreis von S 39 000,--.

2) Baumeisterarbeiten zur Herstellung des Kompressorhäuschens an Firma Hackl, Steyr, zum Anbotpreis von S 16 303,--.

3) Elektroarbeiten für die Stromverbindungen und Installation an Firma Berger, Steyr, zum Anbotpreis von S 13 692,92.

4) Entleerung und Reinigung der Kläranlage, sowie Abdichtung des Zulaufes für die Dauer der Montage an den Städt. Wirtschaftshof zum Anbotpreis von S 10 000,--.

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Dies ist nicht der Fall. Danke.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

18) ÖAG-1964/1962

Grundtausch zwischen der Stadtgemeinde und der ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr.

Antrag des Stadtrates.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Grundtausch zwischen der Stadtgemeinde Steyr und der Ersten gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr, reg. Gen. mbH, Steyr, Tomitzstraße 8, nachfolgenden Inhaltes wird zugestimmt:

1) Die Erste gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr überträgt das ihr gehörige Grundstück 962/12,

KG Steyr, im Ausmaße von 1 687 m² an die Stadtgemeinde Steyr.

2) Die Stadtgemeinde Steyr überläßt der Ersten gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft die Grundstücke 1224/47 im Ausmaße von 1 144 m² und 1224/53 im Ausmaße von 1 033 m².

3) Die Erste gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr verpflichtet sich, für das Mehrausmaß des ihr überlassenen städtischen Grundes von 490 m² der Stadtgemeinde Steyr aus ihren Grundstücken entlang der Rooseveltstraße einen Flächenanteil im gleichen Ausmaße zur Verbreiterung dieser Straße zum gegebenen Zeitpunkte abzutreten.

Die Festsetzung der übrigen Bedingungen des Tauschvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Es liegt keine Wortmeldung vor und der Antrag ist somit angenommen. Danke.

Darf ich nun Herrn Stadtrat Petermair bitten!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses zum Vortrag zu bringen.

Der erste Antrag betrifft:

19) Zl. 1097/1962

Abänderung des Teilbebauungsplanes Taschelried Nr. 1/52 und des Stadtregulierungsplanes 1930.

Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Gemäß § 3 (5) des Gesetzes vom

1. 8. 1887, Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22, in der Fassung der Gesetze vom 11. 2. 1947, LGBI. Nr. 9 und 10 (BON 1946) werden der Teilbebauungsplan Taschelried Nr. 1/52 vom 9. 5. 1952, Zl. 1097/52, und der Stadtregulierungsplan vom 28. 3. 1930, Zl. 7583/29, in teilweiser Berücksichtigung der während der Auflagefrist erhobenen Einwendungen nach Maßgabe der Planunterlagen des Stadtbauamtes vom 22. 9. 1961 und 6. 12. 1961, Bau 2-1097/52, abgeändert.

Einwendungen, mit denen lediglich Entschädigungsansprüche geltend gemacht wurden, sind im gegenständlichen Abänderungsverfahren unerheblich.

Die Einwendungen seitens der Ehegatten Kogler und Burghardt und des Dipl. Ing. Fischer wurden im gleichen Umfang in dem vom Amt der o. ö. Landesregierung hinsichtlich des Teilausbaues der Umfahrungsstraße (Blümelhuberberg) durchgeführten Enteignungsverfahren vorgebracht und bereits in diesem Verfahren berücksichtigt.

Den hie mit nicht erledigten Einwendungen, insbesondere seitens des Erich Hochgatterer, der Ennskraftwerke-AG und der Maria Riedl wird in Wahrung öffentlicher Interessen nicht Folge gegeben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Findet dieser Antrag Ihre Zustimmung? Es erhebt sich keine Gegenstimme und der Antrag ist daher angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Der zweite Antrag betrifft:

20) Bau 2-6283/1961

Anna Staudinger - Grundteilung.
Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Antrag der Anna Staudinger, durch Grundteilung das Baugrundstück 434/2, Kat. Gem. Gleink zu schaffen, wird gemäß Art. XI BON 1946 zugestimmt.

Die Ausnahmegenehmigung nach der zit. Gesetzesstelle bezieht sich auch auf das zu erwartende Bauansuchen des Eugen Brandl auf Errichtung eines Wohnhauses auf dem genannten Grundstück.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie auch mit diesem Antrag einverstanden? Danke.

Bitte Herr Gemeinderat Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte im Namen meiner Fraktion eine Anfrage stellen. Anlässlich der Budgetdebatte 1962 habe ich Kritik geübt an dem bestehenden Fürsorgegesetz, das noch mit sehr veralteten und niedrigen Unterstützungssätzen arbeitet. Ich habe darauf verwiesen und beantragt, daß die Unterstützungssätze des Fürsorgegesetzes erhöht werden sollen auf den Mindestsatz des ASVG von S 680,--, der bekanntlich jetzt durch die Zulage von S 30,-- und S 40,--, also insgesamt um S 70,--, ebenfalls erhöht wurde. Die beiden Redner der Mehrheitsfraktionen im Gemeinderat, sowohl Herr Vizebürgermeister Hochmayr als auch Kollege Stadtrat Enge, haben mir in ihren Ausführungen zugestimmt, daß diese Sätze zu niedrig sind und daß etwas gemacht werden muß und sie sich dafür verwenden werden. Beide Fraktionen sind ja im Landtag vertreten und ich möchte nun anfragen, ob schon Schritte unternommen wurden, um eine Änderung in dieser Sache herbeizuführen. Es kommen immer wieder Leute, so zum Beispiel gestern - die den Zettel vorzeigen und sagen, sie haben nur

S 339,-- Unterstützung im Monat. In diesem Rahmen ungefähr bewegen sich die Unterstützungssätze. Das entspricht wirklich nicht mehr und man sollte eigentlich kein Wort mehr darüber verlieren müssen, daß diese Sätze absolut zu niedrig sind und nicht den Lebensnotwendigkeiten entsprechen. Ich möchte also fragen, ob von den beiden Fraktionen Schritte diesbezüglich unternommen wurden?

Bitte anschließend vielleicht noch eine zweite Sache.

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt den Antrag gestellt, man möge die Sitzungen des Gemeinderates der Öffentlichkeit zugänglich machen, das heißt, sie zu einer Zeit anberaumen, in der es wirklich der arbeitenden Bevölkerung Steyr, auch der Geschäftswelt, möglich ist, falls sie Interesse daran hat, der Sitzung beizuwohnen, sich eine Diskussion anzuhören. Es wird sehr oft geklagt über Mangel an Demokratie, besonders auch von jungen Leuten. Ich glaube, man sollte wirklich von Seiten der Gemeinderatsmehrheit daran gehen, diesem Gedanken näher zu treten und die Sitzungen auf eine Zeit verlegen, in der es Außenstehenden möglich ist, ihnen beizuwohnen. Dazu gehört aber auch - schauen wir uns einmal diesen Raum an, außer den Gemeinderäten haben kaum noch die Pressevertreter Platz - daß ein anderer Raum für Sitzungen geschaffen werden müßte.

Ich verweise darauf, daß die Regierungsparteien das heurige Jahr als das Jahr der Jugend erklärt haben. Ich glaube mich nicht zu irren, bitte ich lasse mich korrigieren, wenn dies nicht stimmen sollte, im Tagblatt gelesen zu haben, daß eine Jugendvertretung beim Herrn Bürgermeister vorgeschrieben und dort auch dezidiert die Frage gestellt hat, ob es ihnen möglich ist bzw. man soll es ihnen ermöglichen, Gemeinderatsitzungen beizuwohnen bzw. anhören zu können, was natürlich zugesagt wurde, nachdem dieses Recht

ja sowieso besteht. Nehmen wir aber die Praxis an. Ich glaube kaum, daß die Jugenddelegation, die damals beim Herrn Bürgermeister vorgesprochen hat, hier Platz hätte. Wenn wir die Forderungen der Jugend ernst nehmen wollen und wir sollen und müssen sie ernst nehmen; wenn wir sie wirklich für den Gedanken der Demokratie gewinnen wollen, dann müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben - wir haben jahier keine Galerie wie im Parlament, daß sie einmal einer Sitzung beiwohnen können, also eine praktische Möglichkeit schaffen, das tun zu können. Das ist in Steyr leider, der Saal ist sehr klein, nur dann möglich, wenn wir eine andere Sitzungsmöglichkeit, bei gutem Willen, glaube ich, wäre das ja wirklich aufzutreiben, schaffen.

Ich bitte also um Beantwortung der ersten Frage und vielleicht auch um eine Meinungsäußerung zur zweiten Frage.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Zur Beantwortung der ersten Frage hat sich Herr Stadtrat Baumann gemeldet.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Zur ersten Frage, Herr Kollege Moser, möchte ich erklären, daß Ihre Ausführung, daß die Fürsorgesätze zu niedrig sind, richtig ist. Ich möchte dazu aber noch sagen, daß die Sätze um S 20,-- pro Monat erhöht worden sind und ab Juli wiederum um S 20,-- erhöht werden, sodaß der niedrigste Satz, der bis jetzt S 410,-- war, S 450,-- beträgt. Es wurde auch die 14. Rente vom Fürsorgeausschuß genehmigt. Was die Ausführung des Kollegen Moser betrifft, daß die Fürsorgerente höhere Ansätze bekommen sollte, so ist dies wohl richtig, jedoch ist dies Landessache, worüber auch wir von der Gemeinde nicht hinwegkommen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Vizebürgermeister Hochmayr!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Bitte darf ich zur Anfrage des Kollegen Moser folgendes sagen:

Die ÖVP-Fraktion hat sich sofort bemüht, mit ihren Dienststellen in Linz und auch mit der Landtagsfraktion in Verbindung zu treten und das berechnete Begehren, das in Steyr allgemein anerkannt ist, auch vorzubringen. Es wurde uns gesagt, daß das Möglichste getan werden wird und wir sehen bereits, daß die Anfänge - die ersten Schritte, bereits getan sind. Ich betone jedoch, daß diese viel zu gering sind, weil man nicht zweierlei Staatsbürger schaffen soll; wenn nach dem ASVG die Mindestrente so hoch ist, dann möge man den Befürsorgten nicht schlechter stellen. Wir werden aber weiterhin darauf achten, daß der berechnete Wunsch auch im Landtag von Oberösterreich, soweit es der ÖVP-Fraktion möglich ist, in die Tat umgesetzt wird.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Nun zum zweiten Punkt bitte! Herr Gemeinderat Schmidberger wünscht vorher noch das Wort, bitte!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Ich hätte zwei Anfragen, Herr Bürgermeister. Die eine Anfrage betrifft das Gas. Es dürfte auch der Magistratsdirektion bereits zur Kenntnis gelangt sein, daß ein großer Teil der Bevölkerung, die Gasabnehmer sind, folgendes sagt: Der Gaspreis wurde zwar billiger, aber dafür braucht man jetzt viel mehr Gas als früher. Man ist der Meinung, daß entweder der Heizwert oder der Druck des neuen Gases geringer wurde. Ich bitte um

Beantwortung dieser Anfrage.

Meine zweite Frage betrifft die Arbeiter im Gaswerk. Ich muß da etwas weiter zurückgreifen. Als die Gasindustrie München noch im Besitze des Steyrer Gaswerkes war, das war 1945 der Fall, erhielten die Gaswerksarbeiter verschiedene soziale Leistungen. Unter anderem wurde ihnen eine Alterszusatzrente gewährt, sie konnten das Gas zu verbilligtem Preis, ich glaube 60 g pro m³, beziehen und erhielten jährlich ein Koksdeputat von 1 000 kg für das sie nur S 250, -- zahlen mußten. Nach Übernahme des Gaswerkes durch die Gemeinde Steyr wurde den Arbeitern erklärt, daß sie zwar vorläufig nicht in den Personalstand der Gemeinde überführt werden, sie aber keinen Schaden erleiden sollen. Der Betriebsrat des Gaswerkes ist seinerzeit mit der Gemeinde betreffend dieser Forderungen in Verhandlungen gestanden und soviel mir bekannt ist, dürfte auch von Seite des Landes, das heißt von der Gewerkschaft, in diese Sache eingegriffen worden sein. Als nun im Jahre 1960 zwei Arbeiter in die Rente gingen, erhielten sie keine Zusatzaltersrente und es wurde von ihnen der volle Gaspreis gefordert.

Außerdem soll ab 1. Dezember 1961 von den Gaswerkrentnern der volle Gaspreis verlangt werden. Ich nehme an, daß diese Punkte doch eine Benachteiligung der Gaswerkerarbeiter darstellen, da ihnen ja seinerzeit zugesichert worden ist, daß durch die Übernahme des Gaswerkes durch die Gemeinde ihnen kein Schaden zugefügt werden soll.

Da sie aber erstens von der Gemeinde keine Zusatzaltersrente mehr erhalten, zweitens der verbilligte Gaspreis wegfallen soll und drittens kein Koksdeputat mehr bekommen, muß man doch feststellen, daß die Arbeiter geschädigt worden sind. Darf ich dazu noch sagen, daß es innerhalb der Belegschaft keinen Mann gege-

ben hat, der nicht zumindest einmal oder zweimal an einer schweren Gasvergiftung erkrankt war. Ich glaube, daß es für die Gemeinde keinerlei besondere finanzielle Schwierigkeiten wären, wenn man diese Forderungen befriedigen würde, daß die Gaswerksarbeiter zumindest das wieder haben, was sie vorher bei der alten Gaswerksgesellschaft gehabt haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Nehmen wir den Punkt 2 vielleicht vor.

Bitte Herr Magistratsdirektor!

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KARL ENZELMÜLLER:

Wenn ich zu den Ausführungen des Herrn Gemeinderates Schmidberger Stellung nehmen darf, so kurz folgendes:

Es ist so, daß die Gaswerkerarbeiter ihre Zusatzrentenansprüche im gleichen Ausmaß haben als sie vorher waren. Nur bei 2 Arbeitern ist eine Differenz hinsichtlich der Beschäftigungsdauer vorhanden, weil sie unterbrochen war. Das wurde insofern geregelt, daß nur der der 25 Jahre beschäftigt war, die Zusatzrente bekommt. Die Gaslieferung bekommt jeder, wenn er mindestens 10 Jahre gedient hat. Das trifft bei den Beiden zu. Koks kann nicht mehr gegeben werden, da durch das neue Verfahren keiner mehr anfällt. Es ist sehr schwer als Ersatz Geldleistungen zu geben. Daß die Arbeiter Koks bekommen haben, war ja mehr ein Entgelt dafür, daß irgendwelche Vorkommnisse im Betrieb hintangehalten wurden. Das ist aber jetzt nicht mehr notwendig. Im Wesentlichen kann man sagen, daß die Gaswerkerarbeiter zu ihren ihnen damals zugesicherten Rechten kommen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Zur Frage Gasqualität bitte ich

Herrn Kollegen Huemer!

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Es ist unmöglich, daß bezüglich des Heizwertes Klagen kommen können, wenn die Geräte in der Wohnung oder im Betrieb in Ordnung sind. Es ist nachgewiesen, daß, seitdem das neue Gaswerk läuft, der Heizwert niemals unter 4 200 Kalorien gesunken ist. Ich kann Ihnen sagen, daß früher beim klassischen Gasverfahren - da sieht man, was die Einbildung macht - nur ein Heizwert von 3 800 Kalorien vorhanden war. Daß jetzt der Heizwert 4 200 Kalorien beträgt, ist jederzeit nachzuweisen, da er ja stündlich abgelesen wird. Die jetzt vorhandenen Apparate ermöglichen es, den Gasheizwert auf 50 Kalorien genau einzustellen, was früher ja gar nicht möglich war, da bei einem Verfahren, das auf Kohlenbasis aufgebaut ist, die Kohlenqualität außerordentlich entscheidend hinsichtlich der Ergiebigkeit ist. Das möchte ich Ihnen hier vor aller Versammlung deutlich mitgeteilt haben.

Ich möchte Ihnen aber auch noch sagen, daß wir seit einigen Tagen dem Gas einen Geruch beimischen. Den gleichen, den auch die Gemeinde Wien verwendet, um so auch die Geruchlosigkeit - bei dem neuen Verfahren entsteht geruchloses Gas - zu beseitigen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Bitte Herr Kollege Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich habe vor einiger Zeit gelesen, daß vor der endgültigen Übernahme des Gaswerkes durch die Gemeinde zwei Sachverständige der Gemeinde Wien es überprüfen sollen. Ich möchte in diesem Zusammenhang fragen, ob das Gaswerk schon endgültig

übernommen wurde.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es waren hier noch einige Nacharbeiten zu machen, die momentan noch laufen. Das Werk wird in kürze übernommen werden. Aber bitte, vielleicht kann Herr Kollege Huemer uns hier präzisere Antwort geben.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Ich kann auch hier eine Aufklärung geben. Das Gaswerk wurde vor Ostern von zwei Diplomingenieuren der Wiener Stadtwerke, darunter ein Chemiker, und dem Mitglied des Gaswerksverbandes Österreichs, dem seinerzeit bei uns den Vortrag haltenden Dipl.Ing. Klemens überprüft. Das Prüfungsergebnis wurde in einem Gutachten festgehalten. Hier hat insbesondere der Chemiker Dr. Horak eine Arbeit geleistet, die außerordentlich interessant ist und uns die Werte bestätigt, die wir notwendig brauchen. Die Übergabe des Gaswerkes ist noch nicht erfolgt, das heißt, das Gaswerk befindet sich noch im Zustand der Bauführung, wird aber in der nächsten Zeit übergeben werden.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Voraussichtlich, nur wenn es wirklich mangelfrei arbeitet.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Das ist ja von den Leuten aus Wien in einem Gutachten festgelegt worden.

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Herr Bürgermeister, diese Anfrage habe ich deswegen gestellt, weil von verschiedenen Bewohnern der Ennsleite und des Tabors darüber Klage geführt wurde. Es waren dies eine ganze Reihe von Leuten, auch solche, die einen Konverter besitzen wie Dr. Ansel, Dr. Feigl usw., die die Fest-

stellung gemacht haben, daß der Heizwert geringer sein muß. Ein paar haben mir sogar ein Beispiel gegeben, indem sie gesagt haben, früher hat man das Frühstück auf den Gasherd gestellt und hat sich rasiert. Wenn man mit dem Rasieren fertig war, war auch das Frühstück heiß.
(Allgemeines Gelächter).

Jetzt ist es nur mehr lauwarm. So haben diese Leute eine Reihe von ähnlichen Beispielen gebracht, was mich zu dieser Frage veranlaßte.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte, wenn solche Beschwerden über irgendwelche Mängel kommen, so ist das Gaswerk jederzeit bereit, die notwendige Untersuchung sofort einzuleiten. Es können ja solche auftauchen. Technische Mängel gibt es ja überall. In der Grunderzeugung kann dieser Mangel aber im wesentlichen nicht liegen, was aus den Überprüfungen von berufensten Fachleuten hervorgeht.

Bitte es ist noch die Anfrage des Kollegen Moser betreffs des Aus- oder Umbaus unseres Sitzungssaales ausständig.

Wir empfinden es selbst, das müssen wir ganz offen zugeben, bei manchen Anlässen als höchst unbefriedigend, daß hier im Sitzungssaal nur die Gemeinderäte und eventuell die Presse genügend Platz finden. Allerdings wenn wir diesen Mangel beheben wollen und bedenken was dieser Um- oder Neubau kosten wird, so werden wir die Frage stellen müssen, ob wir uns das leisten können. Wir werden uns aber, wenn es räumlich möglich sein wird, mit dieser Frage beschäftigen.

Bitte zur jungen Generation oder besser gesagt, zur Aufklärung der Jugend über die Tätigkeit in der Gemeinde, wird der kommende Kulturausschuß sich mit einer Aktion des Kulturamtes beschäftigen, bei der die schulentlassene Jugend, die Entlas-

sungsschüler also, während einer Fahrt durch die Stadt und bei einem Zusammentreffen hier im Sitzungssaal Kontakt mit der Gemeinde aufnehmen können; aber nicht nur mit der Gemeinde, sondern auch mit dem Gericht und der Polizei. Das ist aber eine Sache, die der kommende Kulturausschuß behandeln wird.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Herr Bürgermeister, ich möchte nur sagen, wenn beispielsweise der Wunsch, den die Delegation damals zum Ausdruck gebracht hat, erfüllt werden soll und nur einmal eine Viertelklasse zuhören will, so sind wir nicht in der Lage, dies zu gestatten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte, das müßte man einmal versuchen.

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Jeder Gemeinderat nimmt halt jemand auf den Schoß.
(Allgemeines Gelächter).

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bis jetzt war allerdings das Verlangen noch nicht so groß.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich meine, wir müßten damit rechnen. Ansonsten heißt es und wir können uns dagegen nicht wehren, der Gemeinderat Steyr tagt unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte, ich bin der Meinung, daß es der Sache vielleicht dienlicher und es unsere Aufgabe ist, in die Öffentlichkeit zu gehen. Man muß bedenken, daß bereits in den politischen Organisationen eine sehr große Masse erfaßt wird. Außerdem gehen wir, wenn es gewünscht wird, zu jeder Versamm-

lung oder Veranstaltung, so z. B. zu solchen der Gewerbetreibenden, des Verschönerungsvereines, zu Kulturorganisationen usw., die wohl einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung unserer Stadt bilden und reden dort mit ihr. Das halte ich für viel wertvoller. Denn, sind wir ehrlich, der Eindruck, den man aus einer Gemeinderatsitzung gewinnt, ist ähnlich dem einer Plenarsitzung des Nationalrates. Hier werden vorgearbeitete Probleme und Projekte ihrer letzten Beschlussfassung zugeführt und es kann ein Außenstehender nicht mehr in die Problematik des jeweiligen Falles eindringen oder Einblick nehmen. Das möchte ich nur dazu gesagt haben. An und für sich ist dieser Einwand ja berechtigt und wir fühlen selbst, daß dieser Saal - so schön und repräsentativ er auch ist - doch zu klein ist.

Ist noch eine Wortmeldung?
Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Hiezu möchte ich folgendes sagen:

Auch unsere Fraktion findet die Interesselosigkeit der Bevölkerung an den Gemeinderatsitzungen bedauerlich. Wenn vorher angeführt wurde, man möge die Zeit verlegen, so möchte ich sagen, daß die Gründe dieser Interesselosigkeit wesentlich tiefer liegen und auch in einer langen Rede nicht erschöpfend darzustellen sind. Nehmen wir bitte doch zum Beispiel an: Hier in Steyr wird in Schichtbetrieben gearbeitet. Wenn nur 10 % dieser Leute, die jetzt zu dieser Zeit nicht arbeiten, Interesse hätten einer Gemeinderatsitzung beizuwohnen, so würde wahrscheinlich auch das Volks-

kino zu klein werden. Denn soviel Leute sind nachmittags nicht in Arbeit. Das ist also bedauerlicherweise wirklich nur die Interesselosigkeit. Wir haben es noch nie erlebt, daß diese Stühle voll besetzt gewesen wären.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Vizebürgermeister Schanovsky!

BÜRGERMEISTER- STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Dem Interesse der Bevölkerung an der Gemeindetätigkeit wird ja dadurch Rechnung getragen, daß man das Amtsblatt geschaffen hat. Ich weiß von vielen Stellen, daß das Amtsblatt jedes Mal mit Begeisterung erwartet und der Inhalt mit ganz besonderem Interesse gelesen wird. Damit sind wir der Bevölkerung weitergehend entgegengekommen, denn sie lesen ja im Amtsblatt auch Auszüge aus den Protokollen sowohl der Gemeinde- als auch der Stadtratsitzungen. Die Bevölkerung ist also weitgehendst über die Tätigkeit und Vorkommnisse in der Gemeinde informiert.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Zum Abschluß will ich Ihnen wie üblich noch mitteilen, daß wir heute über Budgetmittel in der Summe von 8,6 Millionen Schilling beschlossen haben. Allerdings betrifft der Hauptteil den Ankauf der Zelleisen-Gründe.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

Ende der Sitzung: 17,20 Uhr.

Die Protokollführer:

Alfred Watzenböck
Ernst Berger

Der Vorsitzende:

Josef Fellinger

Die Protokollprüfer:

Anton Krumpholtz
Anton Krumpholtz